

Bericht und Antrag des Haushalts- und Finanzausschusses (Land)**Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes und Nachtragshaushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2009****I. Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses (Land)****1. Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss (Land) durch die Bürgerschaft (Landtag)**

Die Bürgerschaft (Landtag) hat den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2009 (Mitteilung des Senats vom 3. März 2009, Drs. 17/709) in ihrer Sondersitzung (39. Sitzung) am 9. März 2009 in erster Lesung beschlossen. Sie hat ihn sowie den Entwurf der Nachtragshaushaltspläne für das Haushaltsjahr 2009 an den Haushalts- und Finanzausschuss (Land) federführend überwiesen.

Die Bürgerschaft (Landtag) hat die Entwürfe des Gesetzes und des Nachtragshaushaltsplans ferner an davon betroffene Ausschüsse überwiesen. Dies sind der Rechtsausschuss, der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung sowie der Ausschuss Krankenhäuser im Lande Bremen. Die Ausschüsse wurden gebeten, dem Haushalts- und Finanzausschuss (Land) zu berichten.

2. Beratungsverfahren im Haushalts- und Finanzausschuss (Land)

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) hat in seiner Sitzung am 13. März 2009 die Beratung in gemeinsamer Sitzung mit dem Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) beschlossen. Die Ausschüsse haben unter dem Vorsitz des Abg. Röwekamp (CDU) ihre Beratungen am 13. März 2009 durchgeführt und mit der darauf folgenden Beschlussfassung über diesen Bericht abgeschlossen.

Die Vorsitzenden der von dem Entwurf der Nachtragshaushaltspläne betroffenen Parlamentsausschüsse und die Sprecherinnen und Sprecher der davon betroffenen Deputationen wurden zu den Beratungen eingeladen und hatten Gelegenheit, in der Ausschussberatung Stellung zu beziehen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) hat darüber hinaus eine Übersicht der im Rahmen des Konjunkturpakets II vorgeschlagenen Maßnahmen in Bremen und Bremerhaven, einschließlich Darlegungen zu Abwicklung, Berichtspflichten und Controlling, erhalten und in seine Beratungen einbezogen.

3. Berichte und Anträge der beteiligten Parlamentsausschüsse an den Haushalts- und Finanzausschuss (Land)

Der Rechtsausschuss, der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung sowie der Ausschuss Krankenhäuser im Lande Bremen haben zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2009 sowie zu dem Entwurf der Nachtragshaushaltspläne Stellung genommen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) hat die im Folgenden wiedergegebenen Stellungnahmen zur Kenntnis genommen und in seine Beratungen einbezogen.

a) Rechtsausschuss

Der Rechtsausschuss hat sich in seiner Sitzung am 11. März 2009 das Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2009, den Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2009 sowie den Nachtragsproduktgruppenhaushalt für das Haushaltsjahr 2009 (Drs. 17/709) auf der Grundlage der vom Senator für Justiz und Verfassung vorgelegten Vorlage vom 3. März 2009 beraten.

Der Rechtsausschuss hat der Maßnahme zur Erneuerung der Grundbuchplattform mit zu veranschlagenden Kosten in Höhe von 400 000 € im Rahmen des Konjunkturpakets II und eines zu beschließenden Nachtragshaushalts 2009 zugestimmt.

b) Ausschuss für Wissenschaft und Forschung

Der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung hat in seiner Sondersitzung am 11. März 2009 das Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2009 (Drs. 17/709), den Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2009 sowie den Nachtragsproduktgruppenhaushalt für das Haushaltsjahr 2009 auf der Grundlage des von der Senatorin für Bildung und Wissenschaft vorgelegten und in der Sitzung näher erläuterten Berichts beraten.

Der Ausschuss hat den Bericht der Senatorin für Bildung und Wissenschaft zum Nachtragshaushalt 2009 – Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturpakets II im Bereich Wissenschaft und Forschung – zur Kenntnis genommen.

c) Ausschuss Krankenhäuser im Lande Bremen

Der Ausschuss Krankenhäuser im Land Bremen hatte sich in seiner 14. Sitzung am 26. Februar 2009 bereits eingehend mit den im Rahmen des Konjunkturpaktes II des Bundes geplanten Unterstützungsmaßnahmen für Investitionen im Krankenhausbereich befasst. Der Ausschuss hat darüber hinaus nunmehr folgende Unterlagen zur Kenntnis genommen:

- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2009 vom 3. März 2009 (Drucksache 17/709),
- Entwurf des Nachtragshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2009,
- Entwurf des Nachtragsproduktgruppenhaushalts für das Jahr 2009,
- Vorlage der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales vom 24. Februar 2009 zum „Nachtragshaushalt 2009 – Konjunkturpaket II, Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung für die RKK gGmbH“ nebst Anlagen 1, 2 und 7,
- Vorlage der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales zum „Nachtragshaushalt 2009 – Konjunkturpaket II, Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung für die RKK gGmbH – Projektliste, Vorschläge der Krankenhausgesellschaft der Freien Hansestadt Bremen (HBKG)“.

Der Ausschuss begrüßt die im Nachtragshaushaltsplan 2009 (Land) unter der Titelnummer 893 20-0 sowie im Nachtragshaushaltsplan 2009 (Stadt) unter den Titelnummern 700 40-1 und 893 40-4 aufgeführten Investitionsmaßnahmen.

II. Beratung der Änderungsanträge der Fraktionen sowie der Entwürfe des Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes und der Nachtragshaushaltspläne

1. Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE.

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer Sondersitzung (39. Sitzung) am 9. März 2009 ihr Einverständnis erklärt, dass die bei der Verwaltung der

Bürgerschaft eingehenden Anträge und Änderungsanträge der Fraktionen unmittelbar an den Haushalts- und Finanzausschuss (Land) zur Beratung und Berichterstattung weitergeleitet werden.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) hat die im Folgenden mit Kurztitel und benötigter Summe aufgeführten Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE. in seiner Sitzung am 13. März 2009 beraten und jeweils eine Beschlussempfehlung für die Bürgerschaft (Landtag) abgegeben.

Drs.-Nr.	Kurztitel	Benötigte Summe in €
17/720	Komplementärmittel „Qualifizieren statt entlassen“	1 700 000
17/721	Komplementärmittel „Strategische Initiative“	600 000
17/722	Armutsfestigkeit öffentlicher Beschäftigung	1 100 000
17/723	Beschäftigungspolitisches Landesprogramm	4 100 000
17/724	Lehrpersonal für Binnen- differenzierung im Schulunterricht	18 900 000
17/725	Entsprechende Mittel (25 %) für Bremer- havener Kinder- und Jugendprogramm	1 320 000

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) hat die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE. gegen die Stimmen des Mitgliedes der Fraktion DIE LINKE. mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/die Grünen, CDU und FDP abgelehnt.

2. Haushaltsgesetz und Nachtragshaushaltspläne

Abschließend hat der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) den Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes sowie der Nachtragshaushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2009 beraten und eine Beschlussempfehlung abgegeben.

- a) Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) hat dem Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2009 gegen die Stimmen des Mitgliedes der Fraktion DIE LINKE. und bei Enthaltung des Mitgliedes der Fraktion der FDP mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt.
- b) Die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land) am 13. März 2009 beantragt, in den Einzelplänen des Nachtragshaushaltsplans der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2009 zum Titel 891 10-0 mit der Zweckbestimmung „Aufbau Qualifizierungs- und Weiterbildungsstruktur Windenergie“ in Ergänzung zu dem allgemein für die Ausgaben nach den Einzelplänen angebrachten Sperrvermerk folgenden für diesen Titel geltenden Vermerk anzubringen:

„Vor Aufhebung der Sperre ist der Fachdeputation und dem Haushalts- und Finanzausschuss (Land) ein Konzept über die geplanten Maßnahmen vorzulegen.“

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) hat den Antrag beraten und ihm einstimmig zugestimmt.

- c) Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) hat sodann dem insoweit ergänzten Entwurf der Nachtragshaushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2009 gegen die Stimmen des Mitgliedes der Fraktion DIE LINKE. und bei Enthaltung der Mitglieder der Fraktionen der CDU und der FDP mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt.

III. Antrag und Beschlussempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses (Land)

1. Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) gegen die Stimme des Mitglieds der Fraktion DIE LINKE. mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP, die Änderungsanträge der Fraktion Die Linke zu dem Entwurf der Nachtragshaushaltspläne, Drs. 17/720 bis 17/725, abzulehnen.

2. Änderung des Haushaltsgesetzes und Nachtragshaushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2009 (Drs. 17/709)

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) bei Zustimmung der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen, bei Ablehnung des Ausschussmitglieds der Fraktion DIE LINKE. und bei Enthaltung des Ausschussmitglieds der Fraktion der FDP den Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2009 (Drs. 17/709) zu beschließen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) weiterhin, bei Zustimmung der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, bei Ablehnung des Ausschussmitglieds der Fraktion DIE LINKE. und bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und der FDP dem Entwurf der Nachtragshaushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2009 mit der einstimmig aufgenommenen Ergänzung gemäß Ziffer II. 2. b) dieses Berichts zu beschließen.

Thomas Röwekamp
(Vorsitzender)